

Ökologisch jagen, wie soll das gehen? Nur wenn die JägerInnen sich auf Naturnähe zurückbesinnen, haben sie eine Zukunft, meint in Deutschland der ÖJV. In Luxemburg fängt die Diskussion erst an.

Umweltverbrechen multinationaler Konzerne

Tausende Todesopfer forderte die Giftgaskatastrophe in Bhopal vor 18 Jahren. Im Dezember 1984 war aus einem Chemiewerk ein tödliches Methylgasgemisch entwichen. Der Hauptverantwortliche Warren Anderson tauchte vor rund zehn Jahren in den USA unter. Ein Gericht in der zentralindischen Stadt hat nun den Antrag der indischen Regierung abgelehnt, die Anklage gegen den ehemaligen Chef der Betreibergesellschaft Union Carbide auf "fahrlässige Verletzung" zu reduzieren. Er muss sich nach wie vor wegen "schuldhaften Herbeiführens von Todesfällen" verantworten. Anderson droht eine Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren. Unterdessen legte Greenpeace bei der Nachhaltigkeitskonferenz in Johannesburg den Report "Umweltverbrechen multinationaler Konzerne" vor. Die Umweltschutzorganisation fordert unter anderem die Erweiterung der Unternehmenschaftung, Informationspflicht für Unternehmen gegenüber der Öffentlichkeit und die Umsetzung des Vorsorgeprinzips. Greenpeace stellt dabei nicht nur den Konzernen ein schlechtes Zeugnis aus: So bezeichnet sie zum Beispiel die von der EU-Kommission im Januar vorgestellte Entwurf für eine Umwelthaftungsrichtlinie als "reinen Etikettenschwindel".

Flüchtlinge beim Erzbistum

Nach wie vor besteht Ungewissheit über das weitere Schicksal der von der Abschiebung bedrohten Flüchtlinge aus Montenegro. Nun hat ihnen das Erzbistum Luxemburg Unterstützung zugesagt. Das geht nach Mitteilung der Asti aus einem Treffen einer Delegation abgelehnter Asylbewerber aus der jugoslawischen Teilrepublik mit Generalvikar Matthias Schilz hervor. Dabei wurden unter anderem die Probleme der jugendlichen Flüchtlinge erörtert, die bereits in Luxemburg zur Schule gingen und die im Falle einer Ausweisung ohne abgeschlossene Schulbildung das Land verlassen müssten. Die Flüchtlinge machten auch auf die katastrophale wirtschaftliche Situation in Montenegro aufmerksam. Bei einer Rückkehr würden sie vor dem Nichts stehen. Generalvikar Schilz ermutigte die Betroffenen, alle ihnen zur Verfügung stehenden glaubhaften Argumente für ein Bleiben in Luxemburg vorzubringen. Zugleich begrüßte er die Zusage der Regierung, keinen Flüchtling abzuschicken, ohne jeden einzelnen Fall überprüft zu haben. Am Ende des Treffens überreichte die Delegation ein Papier, das von 133 Personen unterschrieben worden war und in dem um die Unterstützung der katholischen Kirche gebeten wurde, "afin de pouvoir réaliser le droit à la liberté en respectant toutes les valeurs culturelles, civiques et historiques du Grand-Duché de Luxembourg".

USA machen Druck auf Nato-Kandidaten

Der Streit zwischen den USA und Europa um den Internationalen Strafgerichtshof spitzt sich weiter zu und gefährdet sogar die Erweiterung der Nato. Die Europäische Union wirft Washington vor, es setze die Nato-Beitrittskandidaten Mittel- und Osteuropa unter Druck. Und Human Rights Watch kritisierte: "Die USA nehmen ihren Widerstand gegen das Weltgericht wichtiger als die Erweiterung der Nato." Ein Sprecher des US-Außenministeriums dementierte dies. Die USA lehnen das Völkertribunal im Gegensatz zu den Europäern ab und versuchen, mit möglichst vielen Staaten Verträge zu schließen, die eine Überstellung amerikanischer Soldaten an das Gericht verbieten. Die Mehrheit der EU-Länder lehnt hingegen solche Abkommen ab. Der US-Kongress erließ erst kürzlich ein Gesetz, das Länder, die dem Gericht zustimmen, mit Entzug der Militärhilfe droht. Das bringt vor allem die Osteuropäer in die Breddouille: Einerseits wollen sie in die Nato, andererseits wurden sie von den Europäern ermahnt, als Beitrittskandidaten für die Europäische Union eine gemeinsame EU-Position zu wahren. Eine einheitliche Sprachregelung soll dazu beim EU-Außenministertreffen am kommenden Wochenende im dänischen Helsingør gefunden werden.

(RK) - Elisabeth Emmert ist seit 15 Jahren aktive Jägerin, dazu Diplom-Biologin und Vorsitzende des Ökologischen Jagdverbandes Deutschland (ÖJV). Am vergangenen Freitag sprach sie in Larochette vor einem Publikum aus JägerInnen und NaturfreundInnen über ökologisches Jagen und die Zukunft der Jagd.

Anhand der Zahl der Abschüsse belegte sie, dass die Wilddichten gegenüber früher stark angestiegen sind, unter anderem aufgrund der so genannten Hege durch die Jäger. Gleichzeitig hat sich im Forstbau die Idee eines naturnahen Wirtschaftens durchgesetzt. Doch Naturverjüngung und Durchmischung der Baumarten scheitern an den Forstschäden, vor allem dem Verbiss der Leittriebe empfindlicher Arten. Untersuchungen zeigten, so die Referentin, dass bei zu hoher Wilddichte weder Schutzzäune noch Ablenkungsfütterungen den Verbiss verhindern könnten.



CANNABIS

Cannabis als Medikament kommt in Nordamerika, aber auch in immer mehr europäischen Ländern verstärkt zur Anwendung. Die Grünen möchten auch in Luxemburg der "jahrzehntelang verteufelten" Substanz zu neuen Ehren verhelfen.

(sk) - Als "herboristerie de carnaval" und "vision naturaliste" bezeichnete die Tageszeitung "Le Quotidien" den Gesetzesvorschlag der Grünen schon im Vorfeld ihrer Pressekonferenz. Dass die Skepsis gegenüber dem Medikament Cannabis tief sitzt, das führte der Pressesprecher von "Déi Gréng", Carlo de Toffoli, auf eine jahrzehntelange Tabuisierung des umstrittenen Stoffes zurück. Cannabis habe als Heilmittel eine jahrhunderte-, wenn nicht jahrtausendealte Tradition, und bis ins 20. Jahrhundert hinein sei es etwa als Schlaf- oder Schmerzmittel auch in Europa ein gängiger Stoff gewesen. Dass das heute nicht mehr der Fall ist, erklärt de Toffoli mit dem Einfluss der Pharmaindustrie und ihren synthetischen Arzneimitteln, aber auch mit dem internationalen Kampf gegen den Konsum von Kulturdrogen, der in den Sechziger- und Siebzigerjahren zur Kriminalisierung von Cannabis führte. Dass die damals entstandenen internationalen Konventionen aber den medizinischen Einsatz von Cannabis gar nicht verboten, sondern lediglich regelten, ging im Eifer des Gefechts unter: Cannabis hatte auch als Medikament keine Chance mehr.

Renée Wagener, Abgeordnete
der Grünen und Mitglied der par-
lamentarischen Spezialkommis-

"Veränderungen in der Jagdpraxis sind bisher nur auf Druck von außen zustande gekommen", mahnte Elisabeth Emmer. Das habe auch zur Gründung des ÖJV geführt. Die Rolle der Jäger müsse eigentlich sein, den Wildbestand zu regeln statt ihn zu fördern. Stattdessen werde viel gefüttert und wenig geschossen, um einen leicht jagbaren Bestand mit vielen Geweihtrophäen aufrecht zu erhalten. Der ÖJV setzt sich demgegenüber für ein Fütterverbot ein. Wichtig sei auch die Bewegungsjagd, bei der ein ganzes Waldgebiet durchkämmt wird, statt der für Trophäenjäger typischen "50 Ansitze auf den einen Bock".

"70 Prozent dessen, was sie gefordert haben, ist in Luxemburg bereits erfüllt", konterte Jos Bourg von der Jägerföderation. Er warnte vor einer Spaltung der luxemburgischen Jägerschaft in einem Moment der Vereinigung der bestehenden Jagdverbände und der Erneuerung von innen. Jean-Jacques Erasmey, Direktor der Forstverwaltung, beurteilte die Situation weniger optimistisch: Die Wildschäden seien beachtlich und verhiinderten die Entstehung naturnaher Mischwälder. Mehrere Anwesende bedauerten das schlechte Ansehen der Jagd in der Öffentlichkeit. Elisabeth Emmert zeigte sich überzeugt, dass man den Leuten auch schwierige Ideen wie die Notwendigkeit von als tierquälerisch verschrieenen Bewegungsjagden verständlich ma-

chen könne. "Dazu muss man sich allerdings der Diskussion mit Natur- und Tierschützern stellen."

Bei der Frage, wie man den Fuchs bejagen solle, schieden sich die Geister. Füchse tauchten immer stärker in den Dörfern auf und könnten Krankheiten wie den Fuchsbandwurm verbreiten, so die Sorge mehrer Anwesender. "Der Lebensraum ist für den Fuchs günstig, dagegen kommen wir mit der Jagd nicht an", meinte die Referentin. Außerdem glaube sie nicht, dass es Handlungsbedarf gebe. Der ÖJV sieht die Fuchsjagd nur in den Wintermonaten gerechtfertigt - dann nämlich gibt es eine Verwertungsmöglichkeit: das Fuchsfell. Zum Thema Schweinepest meinte Elisabeth Emmert: "Ich halte Impfkationen für verfehlt. Wären die Bestände niedrig, so bräuhete man keine Impfung, um die Krankheit einzudämmen." Das Impfen diene nur als Alibi, weil die Jägerschaft eine Bestandsreduktion nicht wolle.

Der Konferenzabend zeigte deutlich, dass es unter den Akteuren und sogar zwischen den JägerInnen starke Meinungsverschiedenheiten gibt. Die VeranstalterInnen wollen in nächster Zeit eine Vereinigung zur Förderung der ökologischen Jagd gründen. Ziel sei nicht, die Jägerschaft zu spalten, so Louis Steichen gegenüber der woxx, sondern die Diskussion anzuregen.

sion "Stupéfiants" stellte denn auch am Mittwoch klar, dass es sich beim grünen Vorschlag nicht um "Hokuspokus", sondern um eine ernsthafte Angelegenheit handele: "Uns sind auch aus Luxemburg Fälle bekannt, wo Aids-Kranke nach Cannabis-Medikamenten fragten." In Fachkreisen weiß man, dass etwa in den USA oder Kanada seit einigen Jahren schon Cannabis gegen Appetitlosigkeit, Übelkeit und Anorexie eingesetzt wird - ein typisches Phänomen bei Aids-PatientInnen, aber auch bei Krebskranken. Die Abgeordnete verwies zudem auf eine lange Liste weiterer Anwendungsbereiche: unter anderem als Schmerzmittel bei Krankheiten oder Verletzungen des Rückenmarks, zur Reduzierung von Krämpfen bei Parkinson, bei multipler Sklerose oder bei epileptischen Krisen sowie bei der Behandlung von Glaukomen.

Kein Hokusfokus

In ihrem Gesetzesvorschlag haben die Grünen zur Behandlung mit Cannabis-Medikamenten nur jene Krankheitsfälle ausgewählt, die auch in Belgien und Kanada schon gesetzlich festgehalten sind. Es gehe "Déi Gréng" aber um mehr als um eine reine Legalisierung, so Wagener. "In Einzelfällen ist das Verschreiben von Cannabis nicht verboten, aber mit einer umständlichen Prozedur verbunden. Wir wollen einerseits die Situation der Kranken wie der ÄrztInnen und ApothekerInnen auf eine legale Grundlage setzen, andererseits aber auch einen klaren Rahmen für eine systematischere Anwendung schaffen," sagte die Abgeordnete. Die Grünen schlagen ein Programm vor, in dem bei jedem Anwendungsfall ein ärztli-

cher Bericht verfasst wird und auch die Quantitäten der verschriebenen Medikamente festgehalten werden. Diese Berichte sollen dann von der Gesundheitsdirektion ausgewertet und die Erkenntnisse in einem Gesamtbericht zusammengefasst werden.

Die Haltung der Ärzteschaft ist eher zögerlich. Einige Mediziner sehen jedoch Chancen bei der Anwendung von Cannabis als Schmerzmittel. So kann sich Nico Haas, Präsident der Société Scientifique de la Médecine Générale, durchaus vorstellen, dass es als Medikament zum Beispiel während der Chemotherapie eingesetzt werden könnte. "Ich bin zwar gegen eine allgemeine Legalisierung von Cannabis", erklärte der Mediziner gegenüber der woxx, "aber zur Schmerzlinderung und als Mittel gegen Übelkeit und Spasmen ist es durchaus geeignet."

Wenn auch Luxemburg sich neben Kanada, verschiedenen US-Bundesstaaten, Belgien und den Niederlanden für den Einsatz von Cannabis-Medikamenten stark machen würde, so helfe das nicht nur den Kranken, teilete "Déi Gréng" mit, das Land würde zudem zu einem verbesserten Wissensstand über die Auswirkungen der Substanz beitragen. Und damit zur Enttabuisierung von Cannabis. Ob Gesundheitsminister Carlo Wagner (DP) auf den Weg seiner europäischen Amtskollegen gehen wird, bleibt abzuwarten. Denn um das Thema Cannabis ist es in Luxemburg - im Unterschied zu den Nachbarländern - in der letzten Zeit auf Regierungsebene still geworden.